

Der Steinarbeiter

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 6 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig
Zeiger Straße 30 IV, Volkshaus, Ausgang C
Fernruf 7503

Schluß des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die dreispaltene Kleinzeile 4 Mark. — Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 6

Sonnabend, den 11. Februar 1922

26. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Jedes Verbandsmitglied hat bei Arbeitsangeboten nach unten genannten Orten unter: „Sperrst., Streik, Zugang fernhalten“ in jedem Fall Erkundigungen von der Ortsverwaltung der betreffenden Kommune einzuholen. Wer das unterläßt und ein Arbeitsverhältnis nach diesen Orten eingeht, stellt sich außerhalb des Verbandsrahmens und kann ausgeschlossen werden.

Laufrunde Notizen unter: „Sperrst.“, „Streik“, „Zugang fernhalten“, werden nur aufgenommen, wenn der Schriftleitung mindestens alle zwei Wochen kurzer Bericht gegeben wird. — Sperrnotizen finden nur Aufnahme, wenn der Grund der Sperrung geschildert wird.

Sperrst.

Betrieb **Meiner** in Augsburg-Persee. Firma **Vuchmeyer** in Herdecke. In **Naumburg** Platz **Horn**. Das Grabsteingeschäft von **Franz Kolf** in Paderborn. In **Merseburg** sämtliche Grabsteingeschäfte.

Streik

In **Bremen** (Marmorarbeiter). In **Mühlhausen**. Thür. (in sämtlichen Grabsteingeschäften sowie bei **Höfel** und **Ottelpp** in **Sage-rod**). In **Merseburg** Platz **Grund**. In **Langensalza** (Gebr. **Mitsche**).

Zugang ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperrst und Streik von **Ostwald** (Platz **Meine** u. **Allemann**), **Billingen** (Firma **Pühler**). Von den Grabsteingeschäften in **Friedberg** und **Bad Nauheim** (Hessen). Von **München** (allgemein), von **Bennigsen a. Deister**. Von **Krefeld**. Von **Bremen** (Steinmehlen).

Erlaubte Bewegungen.

Großheubach, Streik wurde beigelegt.

Staatsinteresse und Streik.

Während diese Zeilen niedergeschrieben werden, ist der Hauptstädten, der unser wirtschaftliches Getriebe im Austausch und Verkehr reguliert, an mehreren Stellen in Deutschland durch Streik der Lokomotivführer gewaltsam zerrissen worden. Wahrscheinlich ist, daß dieser zerrissene Faden, wenn diese Zeilen unseren Lesern vor Augen kommen, bereits wieder zusammengeknötet werden könnte. Doch der Schaden, den der einzelne und die Gesamtheit dadurch erleidet, ist nicht wieder ausgleichbar, der muß wohl oder übel auf das Verlustkonto gebucht werden, er wiegt dort um so schwerer, wo er direkt vom Munde abgebarbt werden muß. Im Zusammenhang mit diesem Eisenbahnstreik wurde in fast sämtlichen Tageszeitungen mit politischer und „unpolitischer“ Tendenz die altumstrittene Frage ventiliert, ob die Eisenbahnbeamten, wie überhaupt Staatsbeamte das Streikrecht haben. Für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ist das keine Streitfrage, denn die Arbeiter, besonders die sozialistischen, sind stets eifrige Verfechter des Koalitionsrechtes und damit auch des Streikrechts gewesen; sie werden es immer bleiben, solange die privatkapitalistische Wirtschaftsweise alles Denken und Tun im Staatsgebilde und Staatsbereich, becinflusst; und zwar werden sie solche Verfechter bleiben für alle Lohn- und Gehaltsempfänger, unbekümmert, in welchem Lager diese stehen.

Infolge der Aenderung der Regierungsform und mancher sonstigen Aenderung sind die Gewerkschaften dem heutigen Staat gegenüber sicherlich etwas anders eingestellt, wie zu dem früheren; das sagt jedoch nicht, nunmehr mit ihm und seinen Repräsentanten durch die und dünn zu gehen. Jedes unserer Verbandsmitglieder weiß selbst, wie schwer es oft, ja sehr oft wird, den Glauben und die Überzeugung an und für das Staatsinteresse nicht zu verlieren. Warum? — brauchen wir gewiß nicht weiter auszuführen, wenn wir kurz darauf hinweisen, daß eine Regierungsänderung, die nur auf die äußere Form beschränkt bleibt, auf die Dauer keine andere Einstellung der Lohn- und Gehaltsempfänger gegenüber dem Staat bringen kann! Auch sein inneres Gefüge muß mit umgemodelt werden, sonst schwindet ganz selbstverständlich die neuere Einstellung gegenüber dem Staat immer mehr, und die frühere tritt in noch stärkerer Auffassung wieder auf den Plan. Wie diese war, wissen wir alle nur zu gut und können uns deshalb an dieser Stelle weiteres darüber erlassen. Unter dem inneren Gefüge, welches dringende eine Aenderung nötig hat, verstehen wir unter manchem anderen alles, was mit der Justiz, den Steuern und deren Eingiehung, der Ernährung usw. zusammenhängt. Darunter verstehen wir aber auch mehr Verständnis für die Lebenslage der sogenannten unteren Volkschichten. Die Besoldungsreformen für Beamte und Staatsarbeiter, die von Zeit zu Zeit infolge der Geldentwertung notwendig werden, lassen nach unten hin das notwendige Verständnis „urchaus“ permissen. Das ist auch die Ursache des Eisenbahnstreiks, und eigenartig ist dabei, daß die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter- und Beamtenchaft der Eisenbahn das Staatsinteresse den kurrierenden Wagen übergeordnet hat, während die halb christlich und halb in allen sonstigen Verkündungen schillernden Reichsgewerkschaftler es umgekehrt gemacht haben. Es wird bekannt sein, daß besonders in diesen Kreisen: Vaterland, Staatsinteresse und Gesamtheit sonst in allen Tönen gesungen wurde. Diese Töne — von uns nie als echt angesehen — sind jetzt verklungen, mit fast brutaler Handbewegung wurden die Interessen der Allgemeinheit beiseite geschoben und recht einseitig jene der Lokomotivführer in den Vordergrund gedrängt. Die „Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner“, die den Kampf inszenierte, gehört zum „Deutschen Beamtenschaft“, worin Elemente zu finden sind, die der Orgelei nicht fernstanden und wenn wir nicht irren, ist dieser Bund auf dem besten Wege sich dem „deutschen Gewerkschaftsbund“ — Christliche Gesamtvertretung — anzuschließen. Das ist, wie gesagt das eigenartige und auffallende bei der ganzen Einleitung, soweit überhaupt von einer solchen in dieser folgeschweren Streikbewegung gesprochen werden kann — Das ändert jedoch nichts an unserer Auffassung vom Koalitionsrecht, Streikrecht und den tieferen Ursachen von dieser für die Allgemeinheit so schädlichen Forderung.

Mit Nachdruck muß jedoch betont werden, daß ihre ganze Ansetzung und Einleitung in der wie ungeklärt war, die Verhandlungsmöglichkeiten waren durchaus noch nicht erschöpft, die nötige Verständigung mit den übrigen Organisationsrichtungen fehlte ganz, und die Form von Ultimatum scheinen die Reichsgewerkschaftler der Entente abgequert zu haben. Für Staatsbeamte in solch wichtiger Funktion für die Gesamtheit — wie die Lokomotivführer — eignet

sich diese Ultimatumform zur Regelung ihrer Gehaltsfragen sicherlich nicht. Das ist unsere Ansicht über die Fehler von dieser Seite! Doch noch ungeklärt wurde der ganze Gärungsprozeß von der Reichsregierung behandelt, jene Stellen, die über mehr Erfahrung, mehr Ausgleichsmöglichkeiten verfügen sollten, haben vollständig verjagt. Die Zeiten müssen endgültig vorüber sein, wo man glaubt, notwendige Lohnrückstellungen mit brutaler Polizeigewalt unterdrücken zu können. Der Erlaß des Reichspräsidenten, die Maßnahmen des Verkehrsministeriums, der Polizei usw. bewirken das Gegenteil, bringt die verschiedenen Organisationsrichtungen der Eisenbahner ganz folgerichtig in eine einheitliche Kampffront, weil es bei den Maßnahmen der Reichsregierung sich nunmehr um solche Fragen handelt, die alle angehen. So kann der ungeklärte eingeleitete Kampf durch die noch röhrende Angelegenheit jener Stellen, die glauben, im Staatsinteresse zu handeln, sich ausmachen zu einem unabsehbaren Kampf von Staatsbürgern, die ihre elementarsten Rechte — in der Reichsverfassung niedergelegt — verteidigen. Wie groß die Erbitterung in den unteren und mittleren Beamtenchichten aller Gruppen vorherrscht, zeigt uns deren Solidaritätsbekundungen in dieser Woche zu dem Vorgehen der Reichsgewerkschaftler, sogar über die Parteigrenzen hinweg. Das ist einmal in der Kampfsache die Wirkung der „schneidigen“ Verordnung und jene von der sogenannten Besoldungsreform. Das zu erkennen, dürfte gemiß nicht schwer fallen, und danach müssen schon die weiteren Dispositionen getroffen werden.

Nun noch einiges allgemein:

Bereits vor dem Streik und auch gegenwärtig vollzieht sich in einem großen Teil der deutschen Presse eine geschäftige Stimmungsmache gegen die Eisenbahner. Es besteht die Gefahr, daß die öffentliche Meinung in unverantwortlicher Weise gegen eine der wichtigsten Arbeitnehmergruppen aufgereizt wird, und daß daraus ernste Konflikte resultieren, die nicht nur unsere Wirtschaft lähmen, sondern vielleicht den ganzen Staat aufs schwerste erschüttern. Demgegenüber kann nicht genug zur Besonnenheit ermahnt werden. In dem Maße, wie von den maßgebenden amtlichen Stellen mit Disziplinarverfahren, Entlassungen und Einsetzen der Schutzpolizei gedroht wird, muß auf der anderen Seite die Erbitterung sich automatisch verschärfen. Wenn man zu einem gerechten Urteil in der Eisenbahnerfrage kommen will, so muß man vor allem objektiv die Vorkämpfer dieses Streiks und die wirtschaftliche Lage der Eisenbahner betrachten. Man muß sich vergegenwärtigen, daß seit Wochen und Monaten die Forderungen der Eisenbahner teils schlammig abgelehnt, teils mit der Auflage beantwortet wurden, daß man die Besoldungsfrage prüfen werde. Inzwischen ist aber die Forderung lawinenartig angewachsen, die Regierung hat den Erhöhungen der Brot- und Kohlenpreise usw. zuzustimmen, hat es aber unterlassen, sich auf der anderen Seite auf ihre Pflicht als Arbeitgeber zu besinnen. Zwei Dinge sind es, die zur Erbitterung der Eisenbahner unendlich viel beigetragen und der radikalen Agitation die Wege ebnet haben. Die ungeklärte Art, mit der einige nachgeordnete Stellen im Verkehrs- und Finanzministerium zu den Forderungen der Eisenbahner Stellung nahmen und die scharfe Betonung des Herrenstandpunktes haben in weiten Kreisen der Eisenbahnbeamten, Angestellten und Arbeiter das Gefühl erzeugt, daß ausgerechnet auf ihre Kosten der Reichshaushalt ins Gleichgewicht gebracht werden solle. Ein privater Arbeitgeber hätte mit seiner Vorgesetzten in dieser Weise heutzutage nie und nimmer verhandeln dürfen. Die Regierung hätte dem entstandenen Konflikt schon vor Weihnachten vorbeugen können, wenn sie den Eisenbahner einen ausserordentlichen Vorschlag auf die zu erwartenden Gehalts- und Lohnrückstellungen in die Hand gedrückt hätte. Mit dem bis zum Überdruß erklärten Hinweis auf das Staatsinteresse kann kein Eisenbahner für seine Kinder Brot und Kleider kaufen. Doppelt gibt, wer schnell gibt! Was nützt es den Eisenbahner, wenn man ihnen mittelst, daß ein Unteranspruch des 23. Reichstaatszuschusses bereits die automatische Anpassung der Gehälter an die sinkende Kaufkraft des Geldes behandelt. Bei der starken Überlastung unseres gesamten Gesekehaushaltapparates mit bringenden Aufgaben können sich derartige Verhandlungen noch über Monate hinziehen. Vom Eisenbahner verlangt man treue Pflichterfüllung und stärkstes Verantwortungsgefühl bei Tag und Nacht. Sein Dienst ist die Pflicht am Staat und am gesamten Volk. Woher soll er die Berufsfreudigkeit nehmen, wenn er immer wieder vor Frau und Kinder mit leeren Händen hinstreten muß? Man hat den Eisenbahner für den Fall eines Streiks Disziplinarverfahren und Dienstentlassung angebroht. Es wäre wohl zu prüfen, ob nicht ein Personalwechsel an gewissen hohen amtlichen Stellen die ganze Sachlage nicht viel leichter ändern und bessern würde. Vor allem aber muß die einseitige Information der Presse durch den ganz und halbamtlichen Nachrichtendienst unterbleiben; denn das sind Scharfmachermethoden, deren sich eine Regierung nicht bedienen sollte, die vom Vertrauen der breiten Volkschichten und vor allem der Arbeiternehmer leben will. Angenommen, der Vorschlag des Reichsverbandes der deutschen Industrie, die Reichsbahn in privatrechtliche Hände zu überführen, sei verwirklicht worden! Wie hätte man dann ein derartiges Vorgehen der leitenden Stellen gekennzeichnet? Die Notlage des Staates erfordert naturgemäß eine gewisse Rücksichtnahme und unter Umständen auch eine gewisse Entschärfung, derjenigen Kreise, die dem Staat direkt als Arbeitnehmer dienen. Haben aber die Eisenbahner nicht schon Geld genug bewiesen? haben die amtlichen Stellen alles getan, um Vertrauen und Berufsfreudigkeit bei den Eisenbahner“ wiederherzustellen und zu stärken? Der Weg, der man beschritten hat, ist ein außerordentlich gefährlicher. Die Eisenbahner sind direkt in die Kampfstellung hineingetrieben worden. Wir haben noch für lange Zeit mit steigenden Preisen für alle wichtigen Lebensbedürfnisse zu rechnen, und das Mißverhältnis zwischen Arbeitslohn und Kosten der Lebenshaltung wird auch bei der Eisenbahn in gewissen Zeiträumen sich immer wieder zu verhärfen, daß durch Aufkündigung das Gleichgewicht hergestellt werden muß. Trägt man die Verbitterung, wie es jetzt geschieht, schematisch in die Reihen dieser außerordentlich wichtigen Arbeitnehmergruppe, so zwingt man sie zu einem radikalen Vorgehen. Sie werden mangels anderer Auswege sich daran gewöhnen, jedesmal energisch aufzutreten und ihre Interessen über diejenigen der Gesamtheit und des Staates zu stellen. Weiter besteht dann jedesmal die Gefahr, daß Kreise sich solcher Forderungen annehmen, die mit einer Art teuflischer Freude wünschen, daß im jetzigen Staat alles drunter und drüber geht. — Wer hat dann wohl das Staatsinteresse am meisten berührt?...

Zum Baugewerksbund.

Der Deutsche Bauarbeiterverband beruft seinen 4. ordentlichen Verbandstag zum 7. bis 12. Mai nach Leipzig ein. Auf seiner vorläufigen Tagungsordnung steht als 2. Punkt: „Aenderung der Verbandsfassung zur Schaffung eines Baugewerksbundes“. Im „Grundstein“, dem Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes Nr. 4 vom 28. Januar 1922, werden auch bereits die „Satzungen des Deutschen Baugewerksbundes“ als Antrag des Verbandsvorstandes an den Verbandstag veröffentlicht; darin heißt es im § 1 dieses Satzungsentwurfs über „Umfang des Bundes“:

„Der Deutsche Baugewerksbund ist in dem Rahmen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die gewerkschaftliche Organisation für alle in der Bauindustrie sowie der Industrie der Steine und Erden ständig beschäftigten Arbeiter sowie nicht durch die Berufsliste des ADGB, oder durch besondere Kartellverträge die Zuständigkeit anderer Organisationen für bestimmte Arbeitergruppen dieser Industrien festgestellt wird. Als Arbeiter im Sinne dieser Satzung gelten auch Werkmeister, Lehrlinge, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen.“

Die Fassung dieses Paragraphen läßt allerdings den ADGB und seine höchste Instanz (den Gewerkschaftskongress) formell mitbestimmen, wir sagen mit Absicht „formell“, denn die Praxis, darüber wollen wir uns durchaus keiner Täuschung hingeben, wird wahrscheinlich anders lauten. Allein schon wenn wir der Zusammenfassung berufloser Gewerkschaftskongresse gedenken. — Nun kann es selbstverständlich dem Deutschen Bauarbeiterverband nicht verwehrt werden, seinen Namen und seine Satzungen zu ändern und seiner alten Gewerkschaft und deren Mitglieder wird es etwa einfallen, dagegen Widerspruch zu erheben; bedenklich ist aber sicherlich die Art, wie in dem Satzungsentwurf der „Umfang“ umschrieben wird. Alle hier in Frage kommenden Organisationen, die am Baugewerbe mehr oder weniger interessiert sind und die der Schaffung eines Baugewerksbundes mit recht gemischten Gefühlen und besonders Verunsicherungen gegenüberstehen, werden gemiß nicht verfehlen sich gegen diese Expansionsbestrebungen zu wenden. Wenn wir nun diese Bestrebungen infolge des Satzungsentwurfs als „von hinten herum“ bezeichnen, so unterstelle man uns jedoch keine Unvorsichtigkeit gegen den Deutschen Bauarbeiterverband, wie überhaupt unsere gegenteilige Auffassung nur von sachlichen Motiven gestützt auf die Eigenart der Steinindustrie geleitet und diktiert wird. Wenn dem Bauarbeiterverband in dem § 1 der angeführten Organisationsfassung eine derartige Vollmacht zugesprochen wird ist mancher Kerger, Verdruss und Grenzstreitigkeit unausbleiblich, muß es bleiben, weil dann der Baugewerksbund und seine Vertreter auf ihren Schen bestanden wie der Rude Schloß im Kaufmann von Venedig. Unangenehme Ausblicke sind das auf keinen Fall.

Unsere Stellung zum Baugewerksbund wird durch den neuen Satzungsentwurf durchaus nicht geändert. Bereits im Jahrgang 1921 des „Steinarbeiter“ in Nr. 4 und 5, sowie in Nr. 14 wurde sie näher begründet. Eine gegenteilige Auffassung im Mitgliederkreis ist nur ganz vereinzelt laut geworden, wir bilden uns deshalb ein, das Richtige im Namen der großen Mehrzahl der Mitglieder des Steinarbeiterverbandes getroffen zu haben. Trotzdem soll im nachstehenden nochmals unsere Auffassung präzisiert werden. Im Hinblick auf unseren eigenen kommenden Verbandstag im Mai kann es zur Klärung nur von Vorteil sein, auch wenn dem Sinne nach manches wiederholt wird, bereits früher schon dargelegt wurde.

Die Anregung der Gründung eines Baugewerksbundes geht vom Bauarbeiterverbande aus und ist zurückzuführen auf die ebenfalls mit Hilfe des Bauarbeiterverbandes zustande gekommene Gründung des „Verbandes Sozialer Baubetriebe“. Beides steht im engen Zusammenhang und ist geeignet, die in diesen Mann gezeigten Gewerkschaften auf völlig neue Grundlage zu stellen. Das wäre an sich nicht bedenklich, wenn das neue in diesem Falle auch das alte, d. h. die Sicherheit des Gelingens, in sich schließen würde. Hierfür läßt sich jedoch der Beweis nicht erbringen. Wohl hat sich der Verband Sozialer Baubetriebe gegenüber den privatkapitalistisch geleiteten Bauagewerken bis jetzt nicht nur halten, sondern weiter ausbreiten können, doch erfordert der Konkurrenzkampf mit dem gut organisierten, zum größten Widerstand entschlossenen Bauunternehmertum in Zukunft viel gewaltigere Summen als bisher für diesen Zweck aufgebracht werden mußten. So fernerhin mit der Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens gegenüberstehen, so wenig vermögen wir einzusehen, daß zur Lösung des Problems die Umstellung der Gewerkschaften notwendig ist. Wohl kann der Baugewerksbund durch eine Verschmelzung aller in Betracht kommenden Organisationen zustande gebracht werden, wodurch eine riesenorganisation entstünde, die mehrere Industrie- und Berufsverbände umfassen und weit über den Rahmen einer Industrieorganisation hinausgeht.

Zu den engeren Bauarbeitern mit circa 480 000 Mitgliedern kommen die Asphalteure mit circa 2000, Schornsteinfeger 3000, Glaser 4000, Dachdecker 10 000, Steinfeger 10 000, Töpfer 11 000, Steinarbeiter 47 000, Maler 57 000, Zimmerer 92 000; außerdem nach der Fassung des neuer Satzungsentwurfs die gesamte Industrie der Steine und Erden, dazu gehören bekanntlich auch die Glasarbeiter, Porzellanarbeiter (?), nicht nur die Töpfer! Weiter hinzu schätzungsweise ebenso viele in den Verbänden der Fabrik-, Holz-, Metall- und Transportarbeiter organisierten „Bauarbeiter“, während die in den Techniker- und Angestelltenverbänden vereinigte Kopfarbeiter des Baugewerbes vorläufig für die organisatorische Verschmelzung von Hand- und Kopfarbeitern nicht zu haben sind. Im ganzen wäre also mit einer Mitgliederzahl des Baugewerksbundes bis 1 Million zu rechnen. Mit Ausnahme der Steinfeger haben sich bisher nur die kleiner Verbände für den Anschluß an den Bund ausgesprochen während der größte in Betracht kommende Verband die Zimmerer, an ihrer Berufsorganisation festhalten. Auch die Maler sind über platonische Liebeserklärungen noch nicht hinausgekommen.

Der Baugewerksbund kann aber auch gebildet werden durch eine Kartellierung der in Betracht kommenden Verbände, bei voller Aufrechterhaltung ihrer bisherigen Selbstständigkeit, durch Vereinfachung der notwendigen Mittel durch die Verbände. Eine solche lose Verbindung genügt aber den Bedürfnissen des Bundes nicht, und so nimmt die Frage mehr und mehr einen zwingenden Charakter an. Wer die Auflösung seiner bisherigen Organisation und ihr Aufgehen im Baugewerksbund nicht befürwortet, wird als rüchfindig bezeichnet und den betreffenden Verbänden die weitere Existenzberechtigung abgesprochen. Ähnlich wie im Streit der

sozialistischen Parteien wist man den Gewerkschaftsführern eigen- nützig und eigenrinnige Motive als Grund ihrer Gegnerschaft vor und schreit nicht vor der ebenfalls aus den politischen Lagern abgenommenen Drohung zurück, daß der Bund eventuell über die Köpfe der Führer hinweg zustande gebracht wird. Parallel mit diesen äußern Einflüssen geht eine gewisse Unzufriedenheit inner- halb unseres Verbandes. In Wort und Schrift wurden bereits Stimmen laut, die durch eine Verschmelzung mit dem Bauarbeiter- verbande bessere Wahrung unserer Interessen, mit zwei Worten: „höhere Löhne“, erhoffen. Der von den Verschmelzungsfreunden innerhalb unseres Verbandes in den Vordergrund gerückte Zweck ist ein ganz anderer wie den Vätern des Bauwerksbundes vor- schwebt. Während letzterer lediglich auf die Sozialisierung des Bauwesens eingestellt ist, die die Bereitstellung von Mitteln er- fordert, die dem direkten Kampf um bessere Lohn- und Arbeits- verhältnisse entzogen werden, erhoffen die Verschmelzungsfreunde in unsern Reihen in erster Linie die Erklämpfung höherer Löhne, die diese Mittel natürlich voll in Anspruch nehmen würden. Neben der Erfüllung der vielen neuen Aufgaben soll der gewerkschaftliche Kampf auf eine andere Grundlage gestellt werden, er soll sich nicht mehr nur in der Erklämpfung höherer Löhne auswirken, sondern in der Verbilligung der Lebenshaltungskosten; soweit der Bau- gewerksbund in Frage kommt, in der Herabsetzung der Wohnung- mieten. Letzteres soll erreicht werden durch Verschneidung und Unterbindung des Unternehmensgewinnes, durch die Aufnahme des Konkurrenzkampfes zwischen den zu bildenden sozialen (gemein- wirtschaftlichen) Betrieben und den Privatbetrieben.

An sich ist gegen diesen Konkurrenzkampf natürlich nichts ein- zuwenden. Auch dürfte es niemand geben, der sich nicht auf die Seite der sozialen Betriebsweise stellt. Die Frage ist nur, ob es Aufgabe der Gewerkschaften ist, dieses Problem zu lösen. Diese Frage ist in unsern Reihen — durch den Verbandstag — noch nicht entschieden; bevor dies nicht geschieht, können unsere Verbands- vertreter auch nur den bisherigen Zustand als Richtschnur an- nehmen, der in den drei Zweigen der Arbeiterbewegung, Gewerks- schaft, Partei und Genossenschaft, seinen Ausdruck findet. Die auf die einzelnen Zweige der Arbeiterbewegung entfallenden Aufgaben sind fest umgrenzt, und wenn die Erfüllung dieser Aufgaben zu wünschen übrig läßt, so liegt dies nicht an der falschen Verteilung der Aufgaben, sondern an den Verhältnissen, die auf die Ausfüh- rung bestimmter Aufgaben ihren Einfluß ausüben.

Der Einfluß der Arbeiterbewegung auf die Regierung könnte ein bedeutend größerer sein, wenn sie wie früher auch politisch ge- schlossen dastände. Zu den früheren drei Richtungen, Sozialdemo- kratie, Christen und Kirch-Dunderschen, treten die verschiednen sich gegenseitig bekämpfenden sozialistischen Spielarten. Das Ge- nossenschaftswesen beschränkte sich hauptsächlich auf die Konsum- bewegung, und nur einzelne gutgehende Massenartikel wurden ge- meinnützlich produziert. Ob das einem Versagen der an die Genossenschaftsbewegung gerichteten Anforderungen gleichkommt, soll dahingestellt bleiben. Jedenfalls hat das Genossenschaftswesen unter den Mitgliedern selbst auch keine volle Befriedigung aus- gelöst.

Die Gewerkschaften haben einen gewaltigen Aufstieg zu ver- zeichnen und trotz der Flut neuer Mitglieder die Einheitlichkeit und Geschlossenheit bisher wahren können. Auch unser Verband hat seinen Anteil an dieser Zunahme. Bei Ausbruch des Krieges betrug der Mitgliederstand 30 897. Zur Zeit haben wir 46 687 Mitglieder. Das ist eine Zunahme um 50 Prozent. Mit der zahlen- mäßigen Stärke hat auch der Einfluß unseres Verbandes zuge- nommen und wenn das nicht in noch höherem Maße der Fall ist, so liegt das an den ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen, unter denen die Steinindustrie mehr als andere Indu- strien zu leiden hat. Diese wirtschaftlichen Verhält- nisse werden von einem Teil der Kollegen ent- weder gar nicht oder nicht genügend erkannt und gewürdigt. Diese Kollegen glauben, daß es nur eines Or- ganisationswechsels bedarf, um befriedigendere Verhältnisse herbei- zuführen, daß mit einem Uebertritt zum Bauarbeiterverband auch die zum Teil höheren Löhne der Bauarbeiter unsern Kollegen zu- fallen würden. Diese Kollegen knüpfen Hoffnungen an eine Ver- schmelzung, die sich nicht erfüllen können und daher nach erfolgter Verschmelzung bitterste Enttäuschung und vermehrte Unzufrieden- heit auslösen muß.

Die Verhältnisse im größten Teil der Steinindustrie liegen nun einmal anders als im Baugewerbe. Zunächst kann nur ein ver- hältnismäßig kleiner Teil der Industrie zum engeren Baugewer- be gerechnet werden; zum Hausbau nur die Steinmehren, so- wie sie im und für das Hausbau tätig sind. Das sind hochgegriffen 2 Prozent der gesamten Mitgliedschaft. Berücksichtigt man, daß auch diese Kollegen nur vorübergehend Bauarbeiten, in der Haupt- sache aber Grabenmäler anfertigen, seitdem die Verwendung von Naturstein bei Bauten fast auf den Nullpunkt gesunken ist, so liegt der geringe Zusammenhang zwischen Baugewerbe und Steinindustrie klar erkennbar. Dehnt man den Begriff des Bau- gewerbes weiter aus, auf den Bau von Straßen zu Wasser und zu Lande, einschließlich Bahnbau, dann kann man allerdings auch die gesamte Pflasterstein- und Schotterindustrie zum Baugewerbe rechnen. Gehen wir noch etwas weiter, kommen wir schließlich auch dazu, die Herstellung der Inneneinrichtung eines Hauses zum Baugewerbe zu rechnen und die Möbel- und Nippfachen-Industrie hinzuzuziehen, würden in gleicher Weise die dem Bau entfernt verwandten Verufe der Holz- und Metallindustrie hinzugezogen werden, dann käme allerdings ein Bund zustande, der an zahlen-

mäßiger Stärke an erster Stelle der Gewerkschaftsbewegung stehen würde. Das wäre aber durchaus kein Industrieverband, wie er durch die Richtlinien des ADGB angestrebt werden soll, nämlich die Zuführung aller ungelerten und Hilfsarbeiter und „Arbeiterinnen zu dem Berufs- bzw. Industrieverband, in dessen Berufsbezirk sie beschäftigt sind“, sondern eine Zusammenfassung mehrerer Berufs- und Industrieverbände zu einem einzigen Ver- waltungskörper, dessen Beweglichkeit und Schlagfertigkeit wohl kaum eine günstige Beeinflussung erfahren dürfte. Noch viel weniger wird das bisherige Maß der Selbständigkeit der einzelnen Organisationen aufrechterhalten werden können, sondern es ist ganz klar, daß sich die Interessen einer Sektion, die wir zum Beispiel im Baugewerksbund bilden würden, den Gesamtinteressen des Bundes unterordnen müssen. Bestimmungen, wie wir sie jetzt vielfach tariflich festgelegt haben, daß der Steinmehlohn so und so viel Prozent höher als der Maurerlohn ist, liegen sich in Zukunft gegenüber den Mauern kaum vertreten. Ebenso wenig könnten wir aber auch verlangen, daß die Hilfsarbeiter in der Steinindustrie den Hilfsarbeitern im Baugewerbe gleichgestellt würden, wenn die Voraussetzungen hierfür fehlen. Die Verhältnisse in der Stein- industrie liegen nun einmal, was immer wieder betont werden muß anders als im Baufach und andern Industrien.

Der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands bildet an sich schon eine Industrieorganisation, wie auch die Bezeichnung des Verbandes und seine Zusammenfassung klar erkennen läßt. Unter dem Sammelnamen „Steinarbeiter“ sind alle in der weit ver- zweigten Steinindustrie beschäftigten Arbeiter, gelernte, angelehrnte und ungelernete, in unsern Verbandsverbande, neben den ver- schiednen, auf ein besonderes Geistesm eingearbeiteten Arbeitern (Granit, Basalt, Grauwade, Marmor, Sandstein, Kalkstein, Schiefer usw.), auch die verschiedenen Berufsgruppen innerhalb der ein- zelnen Gesteinsart, so daß einige Duzend verschiedene Fachgruppen innerhalb unseres Verbandes ihre Vertretung finden, der damit im wahren Sinne des Wortes eine Industrieorganisation dar- stellt.

Schon im ersten Jahrzehnt unseres Verbandslebens (der Ver- band wurde 1884 gegründet), brach sich nach und nach die Ueber- zeugung Bahn, daß allein mit den Gründern des Verbandes — den Steinmehren — die eingetretene Stagnation nicht überwinden werden könne, daß die Hebung der Lage aller Steinarbeiter, auch der nicht gelernten, notwendig sei, um selbst weitere Fort- schritte erzielen zu können. Vorbedingung hierfür war die Or- ganisierung aller Steinarbeiter, die 1893 auf dem Kongreß in Frankfurt a. M. beschlossen wurde. Die Steinmeh-Organisation wurde umgewandelt in die „Organisation aller in der Steinindu- strie beschäftigten Arbeiter“. 1902 betrug die Zahl der neu zuge- lassnen Branchenangehörigen bereits ein Fünftel der Gesamt- organisation, fünf Jahre später (1907) bereits über die Hälfte und heute betragen sie drei Viertel der Gesamtmitgliedschaft, wäh- rend die Steinmehren nur noch ein Viertel des Gesamtverbandes bilden. Allerdings hat die Aktivität der Steinmehren hierdurch nicht gelitten, trotz ihrer geringen Zahl sind sie nach innen und außen von ausschlaggebender Bedeutung in der Organisation geblieben.

Aus diesen knappen Darlegungen ist klar ersichtlich, daß unser Verband im Laufe der Jahrzehnte eine ganz andere Struktur, ein ganz anderes Gefüge bekommen hat. Je weiter wir in der Ge- schichte zurückgehen, desto enger war unser Verhältnis mit dem Baugewerbe. Je weiter wir fortschreiten, desto loser wird die Verbindung, nicht weil einzelne Personen es wünschen, im Gegen- teil, dieser Umstand wird im Interesse unserer Industrie alsseitig bedauert, zeigt sich an ihm doch mit trasser Deutlichkeit der Rück- gang des einst kulturell so hochstehenden Steinmehergewerbes. 1873 fand in Berlin der erste gemeinschaftliche Maurer- und Steinhauer- Kongreß statt, dem die Gründung des Allgemeinen Maurer- und Steinhauer-Bundes folgte. Diese Verschmelzung entsprach den da- maligen Verhältnissen. Eine Steinindustrie im heutigen Ausmaß gab es damals noch nicht, sie beschränkte sich nur auf das Stein- mehrgewerbe, und dieses war fast ausschließlich für das Bau- fach tätig. Erst nach und nach bildeten sich die verschiedenen Berufs- arten, die schließlich auch die Vertretung ihrer Interessen im Rahmen unseres Verbandes fanden. Der Allgemeine Maurer- und Steinhauerverband verfiel übrigens schon im Jahre 1878, infolge der damaligen Verfolgung der sozialistischen Arbeiterbewegung, der Auflösung, und es folgte dann die bereits geschilderte organisato- rische Weiterentwicklung unseres Berufs- und Industrieverbandes. Mit der Ausbreitung der neuen Berufsgruppe innerhalb unserer Industrie ging das Steinmehergewerbe unaufhaltsam zurück. Als seine Verdränger sind in erster Linie der Beton- und Eisenbeton- bau anzusehen, deren rationellere räumliche Ausnutzung und größere Elastizität neben den billigeren Gesteinskörpern dem Naturstein voraus sind. Hinzu kommt das Daniederliegen des Baugewerbes überhaupt, durch das geringe, dem Steinmeh- gewerbe verbleibende Betätigungsteil in Wegfall gekommen ist. Von Ausnahmen abgesehen, kann also nur noch von einem recht losen und geringen Zusammenhang mit dem Baugewerbe die Rede sein. Das mögen wir bedauern, doch helfen alle Klagen nicht darüber hinweg. Auch der Verband Sozialer Bauberichte kann zur Hebung der Natursteinindustrie nicht beitragen, da seine Erfolge ja zum größten Teil auf einer billigeren Her- stellungsweise als der der privaten Bauwirtschaft aufgebaut sind. In diesem Verbandsverbande muß sogar, gewollt oder ungewollt, eine der Natursteinindustrie feindliche Tendenz zum Ausdruck kommen, deren Unterstützung durch uns letzten Endes der Abfallung des Niles gleichkommt, auf dem wir sitzen. Trotzdem haben wir unter Zurück-

stellung unserer engeren Berufsinteressen und Unterordnung der- selben unter die allgemeinen Interessen 50 000 M. zur Finan- zierung des Verbandes Sozialer Bauberichte beigetragen. Darüber hinaus konnten wir in keiner Weise gehen, bevor nicht die höchste Instanz des Verbandes, der Verbandstag, seinen Willen hierzu bekundet.

Die von der Beiratsitzung am 9. November 1920 einstimmig angenommene Resolution hebt ausdrücklich hervor, daß die Ver- tretung mit den in Betracht kommenden Verbänden un-er- bindlich geführt werden sollen, was auch geschehen ist. Um zu einem ungetrübten objektiven Urteil in der äußerst wichtigen und folgenreicheren Frage zu gelangen, müssen die Gründe und Gegen- gründe für eine Verschmelzung reiflich geprüft werden.

Für den Anschluß an den geplanten Bund werden neben der erhofften Lohnhöhung rein verwaltungstechnische Gründe ange- führt. Es wird erwartet, daß das engmaschige Netz der beamteten Verwaltungsstellen des Baugewerksbundes auch unsern Kollegen zugute kommt, während sie jetzt auf die nach ihrer Meinung unzu- reichende Hilfe der überlasteten Gauleiter angewiesen sind. Dem ist entgegenzuhalten, daß, soweit die Vertretung von Berufs- interessen in Frage kommt, diese auch in Zukunft von Berufs- kundigen ausgeübt werden muß und daß infolge der Zerstreut- heit unserer Berufsstätten nur für größere Gebiete Anstellungen er- folgen können und die Hinzuziehung von angestellten Berufsange- hörigen bei Verhandlungen und Tarifabschlüssen auch bei einer Verschmelzung nur in beschränktem Maße möglich ist. Bei Diffe- renzen allgemein rechtlicher Natur könnten allerdings die in größerer Zahl vorhandenen Angestellten des Baugewerksbundes gute Dienste leisten, doch können auch jetzt schon an Orten mit besoldeten Arbeitersekretären die Dienste dieser Ge- nossen in Anspruch genommen werden. Bei dem Weiterbestehen unseres Verbandes wäre auch die Frage zu prüfen ob die Gaue verkleinert und demzufolge auch vermehrt werden und hierdurch die an die Gauleiter gestellten Anforderungen größere Berücksichti- gung finden könnten.

Die Hoffnung vieler Kollegen daß mit einem Organisations- wechsel auch eine automatische Erhöhung der Löhne eintreten wird, kann sich nicht erfüllen, weil die Kraft- und Machtverhältnisse zwischen den Arbeitgeber und Arbeitnehmern der Steinindustrie sich nicht im geringsten verschieben und die wirtschaftlichen Ver- hältnisse in der Steinindustrie (Angebot und Nachfrage nach stein- industriellen Produkten) ebenfalls dann unberührt bleiben.

Diesen Irrtum aufzuklären, hat der Bauarbeiterverband am meisten Ursache, anstatt, wie es hin und wieder vorgekommen ist, durch seine Vertreter in unsern Mitgliederkreisen Hoffnungen erwecken zu helfen, die sich nicht erfüllen können. Die Erwedung solcher trügerischen Hoffnungen würde sich später bitter rächen. Freilich würden die meisten Vertreter des Verschmelzungsgebändens innerhalb unseres Verbandes hierdurch nicht in Verlegenheit ge- raten, sie übertragen ihre am Steinarbeiterverbände geübte Kritik später einfach auf den Baugewerksbund, dessen Kleid ihnen auch bald zu eng erscheinen wird. Der allgemeine große Einheitsver- band, der schon jetzt manchem Kollegen als nächstes Ziel vor- schwebt, in dem es weder berufliche noch sonstige Grenzen gibt, wäre dann die Parole, und im Hölle des Scheiterns auch dieses gewaltigen Problems würde der Organisationsgedanke seinen Ent- wicklungsgang voraussichtlich von neuem beginnen müssen. Noch brauchen wir uns dieser Verführung allerdings nicht hinzugeben. Noch ist der Glaube an unsere eigene Kraft nicht erloschen, ohne den keine Organisation Erprobliches leisten kann.

Tritt ein allgemeiner Aufschwung der wirtschaftlichen Verhält- nisse ein, so wird auch die Steinindustrie hiervon befähigt, und die Interessen der Steinarbeiter werden wir aus eigener Kraft zu wahren wissen wie in früheren normalen Zeiten. Es ist ein Trugschluß anzunehmen, daß ein zahlenmäßig starker Verband auch über größere finanzielle Mittel verfügt, um den Wünschen einzelner Branchen, Verufe, Industrien (Sektionen) gerechter werden zu können, als dies in einer selbständigen Or- ganisation möglich ist. Die betreffenden Kollegen vergessen, daß alle einem großen Verbände angehörenden Sektionen die gleichen Anordnungen an die Hauptkasse stellen und daß eine Bevorzugung einzelner Gruppen undurchführbar ist. Die Stein- arbeiter werden zum Beispiel die Mittel des Baugewerksbundes nur in dem Maße ihrer Leistungen für den Bund in Anspruch nehmen können. Es ist ausgeschlossen, daß die andern Gruppen des Bundes die Durchführung ihrer eigenen Forderungen zu- gunsten der Steinarbeiterforderungen zurückstellen würden. Ver- schiebungen zugunsten der einen oder andern Gruppe sind natür- lich möglich und zeitweise auch notwendig, ebenso möglich ist aber auch eine vorübergehende stärkere Befassung des Streikfonds in kleineren (nicht schwächeren) selbständigen Organisationen. Lebensschwache, kampfunfähige Organisationen müssen natürlich ihr Heil im Anschluß an eine größere, stärkere Organisation suchen. Für sie gilt der Ausspruch Goethes: „Nimmer strebe zum Ganzen und kannst du selber kein Ganzes sein, als dienendes Glied schließ an ein Ganzes dich an!“

Die Größe des geplanten Projektes täuscht vielen Kollegen ein Machtgebilde vor Augen, dessen Verwirklichung noch in weiter Ferne liegt. Es tritt eine allgemeine Verwechslung des Begriffes „groß“ mit „stark“ und „klein“ mit „schwach“ zutage. Dabei muß es jedem Nachdenkenden bei einiger Ueberlegung klar werden, daß ein kleiner, aber festgefügtter Berufs- oder Industrieverband stärker sein kann als ein zu unnatürlicher Größe künstlich durch Verschleife zusammengewürgener Industrie-Gruppenverband. Selbst den

Vom Wärmegefühl des Lebens.

(N. S. F.) Noch nie hat die Natur den Großstädtern einen so eindringlichen Vortrag über das Wärmegefühl des Lebens gehalten wie im Winter, besonders in den außerordentlich kalten Tagen im letzten Drittel des Monats Januar. Eine banal gewordene Tatsache, daß sich die Tätigkeiten des menschlichen Körpers nur bei einer gewissen Temperatur vollziehen, wird durch die Erfahrungen jedes Tages in ihre tausend Vorbedingungen, Begleitumstände und Komplikationen zerlegt, gewissermaßen in eine Serie gründlichster physiologischer Experimente am eigenen Leibe zum Bewußtsein gebracht.

Aber trotz der unerwünschten Gründlichkeit dieses Dozenten geht doch das eigentliche Gefühl allen denen, die es erleben, ver- loren, weil es sich eben nicht im Lebenslauf des einzelnen, sondern nur in dem der Gesamtheit und innerhalb einer gewissen Zeitdauer als Maß und Zahl ausdrückt, die allein Messungen und damit un- veränderliche Beziehungen festzustellen gestattet, denen man den Namen Naturgefühl beilegt.

Was sich im subjektiven Gefühl als Frieren bei Kälte aus- drückt, ist eine Vorsichtsmaßregel des Nervensystems, durch die dem Körper angezeigt wird, daß sich bei längerem Aufent- halt in dieser Temperatur Todesungen des Lebensbetriebes ein- stellen würden. Die beweglichen Organismen flüchten vor der Kälte in glücklichere Länder. So wandern die Zugvögel oder die kleinen Wandervogel. Oder sie nehmen das unwirtliche Klima mit Gleichmut auf, weil sie entweder für eine Verminderung der Wärmeabgabe oder für ausgiebige Heizung Sorge tragen. Der Mensch steht mit diesen zwei Erfindungen des Fells- und Woll- tragens und der Verwendung von Verbrennungswärme nicht allein. Schon die Bäume schützen sich durch mächtige Norddecken in der Kälte vor dem Erfrieren, mit dem Erfolg, daß auch bei 20 und 25 Grad Frost im Innern der Baumstämme immer noch 1 bis 2 Grad Wärme herrschen. Den Winterpelz des Wildes kennt jedermann; man denkt nur meist nicht daran, daß Fuchs und Schaf und die kleinen Nager und Raubtiere des Nordens eigentlich die „Erfinder“ der Pelze, wir Menschen aber nur die Mörder und Räuber der eigentlichen Erfinder sind. Auf eine Heizung — allerdings nicht mit Kohle, sondern mit Bran- — aber geht der Wärmegefühl der Robben, Wale und ähnlicher Nord- landstiere zurück, die sich im Eismeer durch Verzehren sehr fett- haltiger Nahrung ein „Speckdrückerlein“ zulegen, das bei Kälte durch den Stoffwechsel allmählich verbrannt wird.

Was machen aber die Unglücklichen, denen weder Auswanderung möglich ist, noch Pelze oder fetthaltige Nahrung zur Ver-

fügung stehen? Zu ihnen gehören alle Insekten, fast alle Muscheln, Korallen, Würmer, überhaupt drei Viertel der gesamten Schöpfung. An ihnen tritt groß und in ewigem Gleichmut das ehernen Wärme- gefühl des Lebens in Erscheinung. Ihnen ist in Zeit und Raum nur dort das Leben gestattet, wo die Temperatur nicht unter etwa 0 Grad sinkt.

Diese Tatsache wirkt wie eine große Neuheit und steht doch allerorten jedermann vor Augen. Die Organismen sehen sich dort, wo es einen Winter im Ring der Jahreszeiten gibt, ge- zwungen, ihr gesamtes Leben auf die sechs bis acht Monate — oder auch nur die wenigen Wochen (Hochalpen, Polargegenden) — ein- zuzuschränken die frostfrei sind. So handeln in unserer Heimat ein- zusagen alle Insekten. Das ist mit einer der Hauptursachen, warum sie klein und unbedeutend sind. Sie kriechen meist im April oder Mai aus dem Ei und vollenden ihres Daseins Kreis in der Regel so frühzeitig, daß im Oktober, vor dem Eintreten der ersten Fröste, auch schon ihre Brut wieder wohlgeartet in schützenden Hüllen dem Winterschlaf und dann der großen Auferstehung entgegensehen kann. Es sind nur Ausnahmen von dieser Regel, wenn manche Schmetter- linge oder die Stubenfliegen und Schmäden überwintern.

Auch die Pflanzen passen sich stark an dieses Wärmegefühl des Lebens an. Jede von ihnen ist dabei von einer andern Fähig- keit im Ertragen niederer Kältegrade und bestimmter Frost- perioden. Den Moosen und Flechten ist es nirgends auf Erden zu kalt, und das ist die Ursache, warum man noch auf den höchsten Bergen und selbst am Kältepol Moos- und Flechten auf den Felsen findet. Aber alle Gewächse, die Holz bilden, also Bäume und auch die anspruchsvolleren Sträucher, brauchen dazu eine wenigstens 60 Tage lang währende frostfreie Zeit im Jahr.

Das ist des Nützlich Lösung, warum in einer bestimmten Höhe im Hochgebirge oder an einer gewissen Linie in Europa, Asien und Nordamerika plötzlich jeder Wald, d. h. der Baumwuchs aufhört. Das Wärmegefühl verbietet es. Hebrald, wo der Sommer kürzer als zwei Monate währt, ist den Bäumen die Zugaberglaubnis ver- sagt. Dieses Gefühl ist die wahre Ursache, warum jedes Land und jeder Himmelsstrich seine ganz bestimmte Pflanzenwelt hat. Die Kasel kommt nur bis Südschweden vor, weiter nördlich wächst sie nicht. Die Walnußbäume enden im Rheintal mit dem Oberrhein. Der indische Lotus blüht noch in Sizilien, aber nicht mehr in Neapel.

Und wie mit den Pflanzen, so steht die Sache auch mit den Tieren. Die feststehenden oder langsam wandernden Tiere sind dem Wärmegefühl absolut untertan. Sogar die schwimmenden ge- hörden ihm weit mehr als man ohnt. Es gibt eine Stelle auf Erden, wo man das mit Händen greifen kann. Nördlich von Eng-

land, bei den sturmumfosten Faröer-Inseln, treffen zwei Meeres- strömungen zusammen. Eine warme zieht dort vorüber nach Norden, eine kalte kommt ihr entgegen und flutet nach Süden. Die Folge dieses Zusammenstießens sind ununterbrochene atmo- sphärische Störungen. Das Wetter von Europa, die Depressionen, die von Westen über Deutschland ziehen, werden dort geboren. Das warme und das kalte Wasser läßt sich nur an einer scharfen Grenzlinie, die die Seeleute den „Gold-wall“ nennen, genau er- kennen. Beide Strömungen haben eine grundbedeutende Tierwelt. Wer von der einen Seite in die andere gerät, geht zugrunde.

Am auffälligsten ausgeprägt ist dieses Wärmegefühl bei den kaltsibirischen Tieren des Meeres. Kalt wird nur dort gebildet, wo das Wasser warm ist, in kalten Meeren also nur im Sommer. Korallen, die wichtigsten Kaltsibirer, können nur in einem Meer leben, das niemals kälter denn 20 Grad C ist. Das ist so gewiß, daß eine Karte der Korallenriffe auf Erden auch eine Karte der warmen Meere ist.

Und dieses Gefühl war natürlich auch zu allen Zeiten gültig, so daß die Wissenschaft aus den Funden von vorweltlichen Tieren und Pflanzen einfach auch die Geschichte des Klimas der Vorwelt ab- lesen konnte. So erklärt es sich, warum sie mit Sicherheit weiß, daß es zur Steinkohlenzeit wärm, zur Zeit der Juraformation heiß in Deutschland gewesen wie jetzt in Afrika. Denn sie hat Pflanzen gefunden, die es bezeugen, und sie hat Korallenriffe in ganz Süddeutschland aufgedeckt, die von einem Korallenklima er- zählten.

Was in die feinsten Einzelheiten kann sie auf diese Weise von den Tagen der Vorwelt Kunde erlangen und eine Geschichte des Klimas mit weit größerer Zuverlässigkeit schreiben, wie man etwa die Weltgeschichte längst vergangener Zeiten wiederherstellen kann. Ihre Dokumente sind nicht gefälscht, und ihre Zeugen lügen nicht.

Das alles steckt im schlichten Begriff des Wärmegeföhles und erzählt seine bunte und tiefinnige Geschichte dem Kundigen, wenn das Gefühl ihn selbst in dessen Tagen des Winters zwingt, immer wieder sich ein künstlich wärmeres Klima zu verschaffen, als das ist, dem wir trocken wollen und letzten Endes doch nur kümmerlich, nur in einem steten Ringen um das bishigen Leben trocken können.

Jeder an seinem Platz.

Kann ich nicht Dornbaumeister sein, Hou ich als Steinmeh meinen Stein; Reicht mir auch dazu der Verstand, So trag ich Wörtel bei und Sand.

letter sich auch einmal hier sehen läßt, um die trägen Kollegen etwas aufzurütteln.

Langanaltheim. Am 15. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhoben sich die Anwesenden zu Ehren zweier verstorbenen Kollegen. Zum 1. Punkt erstattete der Kassierer den Quartals- und Jahresbericht, dem ist zu entnehmen, daß das Geschäftsjahr bei einem Mitgliederbestand von 286 mit einem Lokalfassenbestand von 4930,08 M. abschließt. Die Abrechnung über einen Familienabend ergab einen Ueberschuß von 5,30 M. Ein Revisor erklärte Bücher und Kasse in bester Ordnung und beantragte Entlastung, was auch gegen 1 Stimme geschah. Bei Neuwahlen erklärte der Vorsitzende Kauf, daß von seiner Person Abstand zu nehmen sei. Seine angeführten Gründe mußten anerkannt werden, und verschiedene Kollegen sollten ihm für seine bisherige aufopfernde Tätigkeit innerhalb der Arbeiterbewegung Worte des Dankes. Eine lange Debatte entspann sich über die Entschädigung der Verwaltung. Unter Verschiedenem wurde 1. das Lohnabkommen vom 7. Januar '22 zur Kenntnis genommen. 2. Eine Anfrage an den Zentralvorstand in bezug der Beiträge und Unterstützungen des christlichen Verbandes war in nicht befriedigender Weise beantwortet. 3. Eine andere Angelegenheit soll in der nächsten Betriebsratung weiter verfolgt werden. 4. Vorstandsmittglied der Allgemeinen Ortskrankenkasse Weisenburg (Land), Kollege Friedrich Grimm, wurde beauftragt, sich danach zu erkundigen, wie es möglich ist, daß andere Ortskrankenkassen trotz niedrigerer Beiträge höhere Unterstützungen ausbezahlen können als die Ortskrankenkasse Weisenburg. Kollege Grimm wird sich in einer der nächsten Sitzungen dahingehend Aufklärung verschaffen. 5. Kollege Karl Däschler behandelte in kurzen Umrissen die beiden Fragen: „Wie erhöhe ich mein Arbeitsvermögen? Wie gestalte ich meine Lebenshaltung besser?“ Der Kern seiner Ausführungen war, daß die Arbeiter doch endlich einmal zu der Ueberzeugung kommen möchten, daß es nicht angängig ist, den Lohn, den uns unsere gewerkschaftliche Organisation erkämpft, in die Taschen der Händler fließen zu lassen und so wiederum dem Kapitalismus zur Verfügung stellt, sondern, daß sie sich dem hier bestehenden Konsumverein anschließen mögen, denn dieser ist ein Stück Selbsthilfe. 6. Ein Antrag, für verärmtes Arbeitsvermögen als Mitglied des Steueraususses eine Entschädigung aus der Lotteriekasse zu gewähren, wurde zurückgezogen. 7. Einstimmig wurde der Antrag angenommen, die „Graphische Presse“ verjüngungsweise auf ein Jahr zu abonnieren. 8. Aus der Generalversammlung heraus wurde der Wunsch laut, es mögen in Zukunft innerhalb der Zehnstellen Betriebsratungen stattfinden, die dazu dienen, die Betriebsräte über ihre Rechte und Pflichten zu belehren. 9. Zurückgestellt bis zur nächsten Versammlung wurde der Antrag, die Lokalratengliederung zu erhöhen; da erst Berechnungen aufgestellt werden müssen, wie weit in dieser Sache gegangen werden kann. Weiter erbat Kollege Grimm die Kollegen, sie möchten in Zukunft ihre Krankmeldungen etwas präziser machen. Es haben sich in dieser Hinsicht in letzter Zeit unzulässige Zustände eingeschlichen, die einer ordentlichen Ausführung hindern im Weg stehen. Zum Schluß ersuchte der Vorsitzende die Versammlung, weiterhin mit der Verwaltung zusammen zu arbeiten.

Weltwirtschaftliche Disharmonien.

(W. W. B.) Man spricht heute viel von der Weltwirtschaftskrise, ohne daß über die Symptome der Krankheit des internationalen Handels und Handels immer Klarheit bestände. Es lohnt sich, an der Hand der in- und ausländischen Wirtschaftsstatistik die Krisenerscheinungen zu beobachten und vor allem festzustellen, wie verschieden sich die Krise in den Ländern mit hochwertiger und mit gerüttelter Baluta äußert. Ganz allgemein ist das Warenpreisniveau in allen Kulturstaaten der Welt während der Kriegszeit stark in die Höhe gegangen. Die jahrelange Lahmlegung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion in den meisten kriegrührenden Staaten sowie die ungeheure Vernichtung von Sachwerten durch die militärischen Operationen hatten das Verhältnis von Angebot und Nachfrage zuungunsten der letzteren so stark verschoben, daß die Warenpreise am Ende des Krieges fast in der ganzen Welt auf das Dreifache bis Fünffache der Vorkriegszeit gestiegen waren. Nur in denjenigen Ländern, die fernab von den Kriegsschauplätzen lagen, war die Teuerung etwas geringer, völlig unberührt ist aber von ihr der Markt des einzigen Kulturstaates geblieben, da der Abfluß von Waren auch aus den erferntesten Ländern nach Europa ein sehr starker war. In der Nachkriegszeit hat sich in den Ländern mit hochwertiger und einigermaßen stabiler Währung ganz von selber nach und nach ein gewisser Preisabbau vollzogen. Hier und da sind die Preise auf das Niveau der Vorkriegszeit und mitunter sogar noch weiter zurückgegangen. Deutschland hat jedoch von dieser Bewegung keinen Vorteil gehabt. Die Entwertung der deutschen Mark ist gerade im letzten Jahr so rasch fortgeschritten, daß dadurch die Preisbewegung im Inlande dem Einflüsse der Weltmarktpreise entgegen und das Durchschnittsniveau nach oben gedrückt wurde. Den besten Maßstab für die Beurteilung dieser Disharmonie bilden die Indexziffern der Großhandelspreise, die von den amtlichen und zuverlässigen privaten Büreaus der einzelnen Länder berechnet werden:

Indexziffer der Großhandelspreise. (Durchschnitt 1913 = 100 Prozent.)

	Nov. 1920	Jan. 1921	Nov. 1921
Deutschland (Stat. Reichsamt)	1506	1365	3416
Frankreich (amtl.)	460,7	325	325,3
Schweden (Svenske Handelstidning)	331	218	174
England (Economist)	245,1	178,2	166
Japan (Bank v. Jap.)	221,4	190,6	214,3
Verrein. Staaten (Bradstreet)	148	116,5	122,8

Es ist bemerkenswert, daß selbst in Frankreich, das von allen kriegführenden Staaten mit am schwersten gelitten hat, das Niveau der Warenpreise eine beträchtliche Senkung aufweist. Zu den japanischen Indexziffern sei darauf hingewiesen, daß im Jahre 1920 infolge der Verteuerung des für die dortige Bevölkerung sehr wichtigen Reises die Indexziffer verhältnismäßig hoch stand und daß die sinkenden Reispreise bis zur Mitte des Jahres 1921 auch eine beträchtliche Ermäßigung der Indexziffern herbeiführten, zumal gleichzeitig infolge der in Japan damals herrschenden Industriekrise auch die übrigen Warenpreise eine beträchtliche Senkung aufwiesen. Mit der geschäftlichen Belebung, die Ende 1921 eintrat, hat sich auch das Durchschnittsniveau der Warenpreise wieder gehoben.

Besonders deutlich zeigt sich die Disharmonie der Preisbewegung in Deutschland und im Auslande am Getreidemarkt. Während in Nord- und Südamerika sich ungeheure Getreidevorräte ansammelten, die das Preisniveau stark herabdrückten, läßt sich in Deutschland im Zusammenhänge mit dem allmählichen Abbau der Zwangswirtschaft eine fortgesetzte Steigerung der Getreidepreise beobachten. Im Januar 1922 hielten sich die inländischen Getreidepreise ungefähr auf dem Niveau vom November, während die Weltmarktpreise so stark zurückgegangen waren, daß das ausländische Getreide an einigen Tagen sogar etwas unter dem Inlandspreis zu haben war. Das gilt sowohl für La Plata-Weizen, wie für nordamerikanischen Weizen. Der bekanntlich dem deutschen Inlandsgetreide hinsichtlich der Qualität überlegen ist. In den letzten drei Monaten zeigten die in- und ausländischen Getreidepreise folgende Schwankungen:

Getreidepreise im In- und Auslande.

Berlin	3. Oktober 1921	16. Januar 1922
Weizen	468—470	748—752
Roggen	362—366	596—600
Hafer	376—380	560—564
Mais	356	562—564

Amerik. Getreidemärkte Preis je Bushel in Cents

Weizen	130½	122½
Roggen	96	83½
Hafer	36¾	38¼
Mais	49¾	52¾

Die Preise für Futtermittel sind, wie die vorstehende Tabelle zeigt, auch im Auslande im letzten Quartal etwas gestiegen. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß z. B. Mais, der im Oktober 1921 mit 49% Cent in Chicago seinen niedrigsten Stand erreichte, im Februar 1922 noch mit 129 Cent bezahlt wurde. Von dieser Senkung hat der deutsche Markt so gut wie gar nichts profitieren können. Auch die

Soferpreise sind in Amerika im Vergleich zum Jahre 1921 um mehr als 50 Prozent gefallen, während sie in Deutschland eine fortgesetzte Steigerung aufweisen. Diese Disharmonie in der Preisbewegung ist um so auffälliger, als vom ersten bis letzten Monat des Jahres 1921 die Schiffsfrachten für Getreide von Amerika nach Europa ungefähr um 50 Prozent zurückgegangen sind.

Rundschau.

Aus unserem Beruf und unserer Industrie. Kürzere regelmäßige Arbeitszeit wie täglich 8 Stunden. Der Vorstand des ADGB hat kürzlich für einige typische Berufsarten einen Auszug über die Arbeitszeit aus einer statistischen Zusammenstellung veröffentlicht. Die Veranlassung war der Wunsch einiger ausländischer Gewerkschaften, denen von ihren Unternehmern immer erzählt wird, daß in Deutschland der Achtstundentag nur zum Schein bestehe, in Wirklichkeit würde zehn, zwölf und mehr Stunden gearbeitet. Diese Behauptungen werden aufgestellt, wenn die ausländischen Gewerkschaften den Achtstundentag fordern und dabei auf Deutschland verweisen. Die Veröffentlichung des ADGB erfolgte in fast allen sozialistischen Tageszeitungen und widerlegt zahlenmäßig solche Behauptungen. Daran anschließend wird es unseren Mitgliedern nicht unerwünscht sein, über die Arbeitszeit in der Steinindustrie einige Angaben zu besitzen. Von den 46 587 Mitgliedern am Schlusse des 3. Quartals 1921 hatten durch Vereinbarung festgesetzte regelmäßige Arbeitszeit in der Woche: 86 Mitglieder 42 Stunden; 299 Mitglieder 44 Stunden; 3658 Mitglieder 45 Stunden; 795 Mitglieder 46 Stunden; 118 Mitglieder 47 Stunden. Insgesamt arbeiten demnach 49 566 Verbandsmitglieder, das sind circa 11 Prozent der Gesamtmitgliedschaft unter 48 Stunden pro Woche. Die übrigen Mitglieder haben die 48-Stundenwoche. Die kürzere Arbeitszeit erstreckt sich mit zwei Ausnahmen (Bruchgebiete) auf die größeren Städte und ist zurückzuführen auf die richtige Arbeit der Steinmehnen, wozu auch die anderen Gruppen in der Steinbearbeitung in jenen Orten die Nuznahme der kürzeren Arbeitszeit haben. 43 Zehnstellen haben diese kürzere Arbeitszeit, noch Gauen verteilt, hat der 1.: 5 Zehnstellen, der 2.: 3 Zehnstellen, der 3.: 17 Zehnstellen, der 4.: 6 Zehnstellen, der 5.: 2 Zehnstellen, der 6.: 2 Zehnstellen, der 7.: 2 Zehnstellen, der 8.: 3 Zehnstellen, der 9.: 3 Zehnstellen mit kürzerer Arbeitszeit.

Natursteinverwendung bei Staatsbauten. Das Reichsstaatsministerium hat in einem Rundschreiben unter Anerkennung der Notlage im Steinmehngewerbe die Landesämter angewiesen, in Zukunft bei der Ausführung von Staatsbauten eine erhöhte Verwendung von Natursteinen in Erwägung zu ziehen, soweit die finanziellen Gründe es zulassen. Von dem Willen nehmen wir jezt Kenntnis, von dem können später.

Kessel u. Röhl, eine seit 63 Jahren bestehende und bekannte Firma der Steinbearbeitung, hauptsächlich für Hartgestein mit Schleifereibetrieb in Wolgast, Zweigniederlassung in Berlin ist nach einer Notiz im „Steinbildhauerjournal“ durch eine Berliner Großhandlung in eine Aktiengesellschaft unter der Firma: Kessel u. Röhl, Granit- u. Marmorwerke, Berlin-Wolgast, umgewandelt worden. Das Aktienkapital beträgt 2 Millionen Mark. Die Leitung bleibt in den bisherigen Händen.

Die Bayerische Granit-Aktien-Gesellschaft in Regensburg beabsichtigt die Erhöhung ihres Aktienkapitals von 2 auf 4 Millionen Mark mit außerordentlich günstigen Bedingungen für die Stammaktien.

In Köln hat sich ein neues Unternehmen in der Steinindustrie mit 5 Millionen Kapital gegründet. — Dolorit-Basalt-A.G. — Das neue Unternehmen hat als Gegenstand die Pachtung und evtl. auch den Ankauf von Steinbrüchen, insbesondere von Dolorit-Steinbrüchen, der Vertrieb und der Handel mit Steinen aller Art, insbesondere mit Dolorit-Basaltsteinen.

Aus der englischen Granitindustrie. Den Arbeitnehmern in der Aberdeener Granitindustrie wurde eine Lohnkürzung angekündigt. Die Ursache soll darin liegen, daß keine Aufträge für Denkmäler usw. mehr vorliegen. Die deutschen Firmen stellen zur Zeit die erstens Kontrurrenten dar. Amerikanische Grabsteinhändler, die früher in großen Mengen von Aberdeen kauften, hätten nunmehr für 10 000 Pfund Sterling Grabsteine aus Deutschland gekauft. Selbst große englische Städte bekämen Grabsteine billiger aus Deutschland als die Aberdeener Industrie sie bei den heutigen Löhnen produzieren könne. — Die Begründung zur Lohnkürzung klingt den Steinarbeitern Deutschlands nicht unbekannt; im Ausland wird die Konkurrenz Deutschlands mittlerweile zu einem öden Schlagwort, zu einem Popanz, mit dem einzelne Industrien ihre eigene Suppe kochen wollen. Von dem Anteil aus Amerika ist in Arbeiterkreisen noch nichts bekannt geworden; wir sind den Kollegen zu Dank verpflichtet, wenn sie uns unterrichten würden von dem evtl. Kauf.

Gewerkschaftliches. Höhere Unterstützungssätze für Erwerbslose. Die Vorstände des ADGB und des Ala-Bundes haben an den Reichsarbeitsminister folgendes dringende Ersuchen gerichtet, um die Bezüge der Erwerbslosen der weiter sinkenden Kaufkraft des Geldes entsprechend zu erhöhen:

„Die Anfang Dezember 1921 erhöhten Unterstützungssätze für Erwerbslose bedürfen dringend einer weiteren Erhöhung.“

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat bei den Beratungen mit den in Frage kommenden Ministerien immer wieder auf die Konsequenzen der maßlosen Verteuerung aller Lebensnotwendigkeiten hingewiesen, zuletzt noch bei den Verhandlungen über die neuerliche Erhöhung des Brotpreises. Es wurde von den Vertretern der Gewerkschaften verlangt, daß, um die katastrophale Verteuerung der Lebenshaltung zu verhindern, eine stärkere steuerliche Belastung des Besitzes, durchgreifendere Einbringung der Steuerrückstände und die Erfassung der Sachwerte schnellstens erfolge. Trotz aller unserer Bedenken ist der Verteuerung der Lebensbedürfnisse nicht entgegengewirkt. Die neue Teuerungswelle, die sich noch ungemein verstärkt, wenn sich die Brotperteuerung voll auswirkt, macht die Lage der Erwerbslosen völlig unhaltbar und erfordert dringend eine den veränderten Verhältnissen entsprechende Erhöhung der Unterstützungssätze.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes eruchen daher den Herrn Reichsarbeitsminister, die angemessene Heraushebung der Bezüge der Erwerbslosen schnellstens in die Wege leiten zu wollen. Gleichzeitg erlauben wir uns, darauf hinzuweisen, daß auch die Bezüge der Unfalls-, Alters- und Invalidenrentner und der Kranken aus dem gleichen Grunde wieder eine Aufbesserung erfahren müssen.“

Den Fraktionen der sozialdemokratischen Parteien im Reichstag ist die Forderung gleichfalls unterbreitet worden mit dem Wunsche, daß auch die Parteien alles tun, um die unbedingt notwendige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung durchzuführen.

Besitzer bedürfen aber durchaus nicht der Reichsgerichtsurteile, um zu erkennen, ob Bucherfälle vorliegen. Sie wissen als Konsumenten aus eigener Erfahrung, wie jede Notmarktfrage vom Handel zur Ueberordnung sehr oft ausgeübt wird. Ihr Urteil wird deshalb in den meisten Fällen das richtige treffen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß im heutigen Deutschland die Warenverteilung viel zu unständlich funktioniert und daß die Waren auf dem Wege vom Produzenten zum Konsumenten durch viel zu viele Hände gehen, die natürlich alle gut verdienen wollen. Das Aufblühen des Genossenschaftswesens in der jüngsten Zeit ist gerade darauf zurückzuführen, daß Produzenten wie Konsumenten die Nachteile dieses Zustandes erkannt und zur Selbsthilfe gegriffen haben. Daß Erzeuger und Verbraucher den direkten Weg zueinander fanden, bedeutet unter heutigen Verhältnissen, wo eine ökonomische Wirtschaft mehr denn je geboten ist, zweifellos einen Fortschritt. Der Handel hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn er dabei zu kurz kommt. Ein solider freier Handel, der sich mit einem angemessenen Gewinn zufrieden gibt und ernsthaft dazu beiträgt, den Kreislauf am Warenmarkt zu fördern, wird auch neben den Genossenschaften bestehen können. Er kann sehr wohl mit ihnen Hand in Hand arbeiten. Man darf nicht vergessen, daß die Genossenschaften freiwillige Organisationen sind, deren Existenzberechtigung in der Praxis längst erwiesen ist. Die Genossenschaften bilden an der Marktlücke des Warenmarktes einen wertvollen Regulator, der sehr häufig die Konsumenten wie die Produzenten vor einem übermäßigen Druck kapitalträchtiger Handelsfreie schützt. Sie dienen also dem Gemeinwohl und haben deshalb Anspruch auf Pflege und Schutz.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Köln. Das Mitgliedsbuch Nr. 30 251, Ortsnummer 157, von Josef Pielck, Steinweg, geboren 13. Juni 1876 zu Waben, eingetreteten am 10. August 1911 in Gelsenkirchen, ist abhanden gekommen. Es wird gebeten, das Buch beim Vorzeigen abzugeben und an den Kassierer Kollegen Lung, Köln, Moselstraße 16, einzusenden. Vor Mißbrauch wird gewarnt! Kaiserlautern. Die Auszahlung jeder Unterstützung findet für die Zahlstellenmitglieder nur Sonnabends nachmittag von 2 bis 3½ Uhr beim Kassierer Daniel Weh, Königstraße 68, statt.

Adressenänderungen.

- 2. Gau. Arnshorf. Vorf.: Paul Grüttner; Kass.: Herm. Michael.
- 3. Gau. Wildschüt. Kass.: Paul Dieck, Oberaudenrain, Post Audenrain, Nr. Torgau.
- 4. Gau. Münderhagen. Kass.: Wilhelm Keinecke, Wölpinghausen Nr. 106.
- 6. Gau. Mannheim. Vorf.: Michael Weigand, Langstr. 16. Kaiserlautern. Vorf.: Wilhelm Probst, Winterstr. 8.
- 7. Gau. Dechantsee b. Neustorf (Oberst.). Kass.: Eduard Pinder, Mengersreuth 28, Post Neustorf.
- 8. Gau. Semmerau. Kass.: Franz Seidl, Nr. 27.
- 8. Gau. Eisenhül. Kass.: Franz Busch.

Briefkasten.

Holland Sinoo. Brief erhalten. Habe Genugtuung, daß es gefällt. Betrag geht gerade auf, weil die Post noch 12 Mark Porto nachverlangt hat. Gruß.

Berammungs-Anzeige. Rein Mittelteil soll fehlen.

Biereth. Sonntag, 19. Februar, mittags um 1 Uhr, im bekannten Lokal.

Anzeigen Berlin

Berammlung der in der Bau- u. Grabmalbranche tätigen Mitglieder am Sonntag, 12. Februar, vormitt. 9.30 Uhr, im „Englischen Hof“, Neue Poststraße 3. Tagesordnung: Die ablehnende Haltung der Unternehmer in der Grabmalbranche und Stellungnahme dazu. Blünftliches Erscheinen erwartet. Die-Ortsverwaltung.

Siegler's Schriftzechnerei, Gießen (Oberhessen) Licherstraße 37. * * * * * Schriftenmuster 15 M.

Einige Granitsteinmehnen für sofort gesucht. Otto Schwarz, Löbejün b. Halle a. S.

6-8 tüchtige Steinhauer auf Muschelkalkstein finden sofort dauernde Beschäftigung. Stundenlohn 10.20 M. Schön & Hippelein, Satteldorf (Württemberg).

In dauernde Stellung bei tariflichen Höchstlöhnen werden sofort eingestellt: tücht. Bruchschmied, Steinmetz u. Putzer. Martin Löwe, Granitwerke Nieder-Königshain (Kr. Görlitz).

20 tücht. Granitsteinhauer sofort auf Dauerarbeit gesucht. — Stundenlohn 12,50 M. Loais vorhanden. — Angebot an Granit- und Marmor-Industrie, G.m.b.H., Freiburg (Baden) Sternwaldstraße 38.

Marmor-schleifer. Wer übernimmt das Polieren von Wandschiffen, wenn diese geschliffen eingeschickt werden? Was kostet die Garnitur mit Nachhilfsplatten? Preise erbittet C. F. Betge, Brandenburg a. S., Kirchhoffstraße 30/30a.

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eintrudeln werden.) In Gemittschheim am 20. Januar der Hilfsarbeiter Louis Kuhlitz, 65 Jahre alt, Grippe; am 24. Januar der Hilfsarbeiter Bruno Nucha, 48 Jahre alt, Unfall im Beruf. In Reinrinderfeld am 23. Januar der Hilfsarbeiter Michael Frank, 28 Jahre alt, Berufsunfall. In Wildschüt am 25. Januar der Plastersteinmacher Heinrich Richter, 63 Jahre alt, Rippenfellentzündung. In Breslau am 25. Januar der Hilfsarbeiter Eduard Gänisch, 78 Jahre alt, Altersschwäche; am 26. Januar der Steinmetz Paul Dlugosz, 38 Jahre alt, Lungentuberkulose.

Chreihrem Andenken! Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig. Gedruckt in der „Freien Presse“, Leipzig.